

## Ist die Wirtschafts- und Finanzkrise auch eine Krise der Demokratie?

*Ingeborg Pistohl*

Als die Banken- und Finanzkrise sich im Jahr 2009 in ihrem ganzen Ausmaß von den Vereinigten Staaten ausgehend weltweit und auch in Deutschland zeigte, waren nicht nur Wirtschaftsunternehmen und große Vermögen gefährdet. Menschen sorgten sich um ihren kleinen Wohlstand, ihr Ersparnis und ihre Arbeitsplätze; ihre Wut auf die Banken, deren Spekulationsgewinne sich in enorme Verluste verkehrten und die mit Stützungsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln in enormer Höhe vor dem Zusammenbruch bewahrt werden mussten, richtete sich auch gegen die Politik, die das unkontrollierte, nur am Gewinnstreben orientierte Agieren der Banken zugelassen, zum Teil sogar gefördert hatte. Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, einem bundesweiten Zusammenschluss von über 100 Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, fand dieses die öffentliche Diskussion beherrschende Thema große Aufmerksamkeit.

Der Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten verabschiedete unter dem Eindruck der dramatischen Vorgänge im Frühsommer 2009 eine Stellungnahme, in der er seine Sorge zum Ausdruck brachte, dass der Vertrauensverlust in die Souveränität der Politik auch mit der Skepsis in die Gestaltungskraft der Demokratie einhergehe: »Demokratische Institutionen und demokratische Regelungsmechanismen sind in eine Legitimationskrise geraten, weil die Handlungsmacht der politischen Führung durch die Fakten schaffende Macht der Ökonomie ad absurdum geführt und von den milliardenschweren konjunkturellen Stützungsmaßnahmen jeglicher Gestaltungsspielraum eingeschränkt wird. Vor dem Hintergrund einer seit längerem zu beobachtenden Politikskepsis und Parteienverdrossenheit vor allem vieler junger, aber zunehmend auch älterer Menschen ist eine solche Entwicklung fatal. Demokratie ist auf das Vertrauen, das Interesse und die Mitwirkung möglichst vieler angewiesen. Sie lebt davon, dass sich die in ihr lebenden Menschen engagieren und an den sie betreffenden politischen Angelegenheiten beteiligen«, so die Aussage in der im Juni 2009 verabschiedeten Stellungnahme des AdB-Vorstands.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten beschließt jährlich ein Thema, das als »Jahresthema« für die politische Bildung als aktuell wichtig angesehen wird und das von den Mitgliedseinrichtungen in ihren Bildungsangeboten verstärkt aufgegriffen werden soll. Das jeweilige Jahresthema ergibt sich aus den Diskussionen in den verschiedenen Gremien des Verbandes und aus den Vorschlägen einzelner Mitglieder. Unter dem Eindruck der aktuellen politischen Ereignisse zielten diese Empfehlungen darauf, die mit der Finanzkrise einhergehende Problematik in den Mittelpunkt des Jahresthemas 2010 zu stellen. Der Vorstand beschloss auf der Grundlage dieser Empfehlungen im Jahr 2009, dass unter dem Titel »Wirtschaft(en) in gesellschaftlicher Verantwortung. Demokratie – Ökonomie – Politische Bildung« das Augenmerk innerhalb des Verbandes auf Ursachen und Folgen der aktuellen Krise gerichtet werden sollte.

Die politische Bildung sei aufgefordert, dazu Angebote zu entwickeln und sich dafür einzusetzen, dass Jugendliche und Erwachsene nicht nur die für sie wichtigen Informationen für ein besseres Verständnis in die ökonomischen Zusammenhänge erhalten, sondern auch die Kompetenzen entfalten sollten, die sie zu einer aktiven Beteiligung an den Auseinandersetzungen über die Zukunft der Wirtschaftssysteme befähigen. Die Mitgliederversammlung 2009 bestätigte diesen Beschluss. Der Vorstand des AdB hat seine Entscheidung für das Jahresthema 2010 wie folgt begründet:

»Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat mit ihren Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und die davon betroffenen Menschen die Grenzen unkontrollierten globalen Wirtschaftens deutlich gemacht. Der Fast-Zusammenbruch der Finanzsysteme führt zu existenzbedrohenden Folgen bei vielen Menschen und zu außerordentlichen Belastungen der Staatshaushalte mit unabsehbaren Auswirkungen auf nachfolgende Generationen. Angesichts dieser Entwicklungen schwindet das Vertrauen der Menschen nicht nur in den Markt, die Banken und die Stabilität des Geldes, sondern auch in die Souveränität der Politik und die Gestaltungskraft der Demokratie. Gewählte politische Akteure und Parlamente aller staatlichen Ebenen geraten in eine Legitimationskrise, weil die Handlungsmacht der politischen Führung durch die Fakten schaffende Macht der Ökonomie ad absurdum geführt wird. Milliarden schwere konjunkturelle Stützungsmaßnahmen werden zukünftig politischen Gestaltungsspielraum weiter einschränken. Dem AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen als Trägern der politischen Bildung ist es ein Anliegen, die Ursachen und Folgen der Krise in den Mittelpunkt der Bildungsarbeit zu stellen: Politische Bildung will Jugendliche und Erwachsene informieren, orientieren, Raum für Diskurs bereitstellen sowie zum Handeln und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen und ermutigen. Deshalb sollte die politische Bildung zukünftig

- sich noch engagierter mit den Strukturen des Weltwirtschaftssystems befassen, um eine Diskussion über Transparenz und Kontrolle von Märkten und die Grenzen von Gewinnerzielung und Einkommen zu führen;
- neue Konzepte entwickeln, die zur Verbesserung der ökonomischen Handlungskompetenz von Menschen führen, um sie als Betroffene, Kunden, Aktionäre und Arbeitnehmende in die Lage zu versetzen, aktiv im Rahmen ihrer Möglichkeiten in den Markt eingreifen zu können;
- Anreize zum Diskurs über Verbesserungen und Alternativen zu bisherigen Wirtschaftssystemen auf globaler, aber auch nationaler oder lokaler Ebene schaffen. Dazu gehört auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung (Umwelt, Ökonomie und Soziales);
- durch zielgerichtete Bildungs- und Beratungsprozesse mithelfen, die Gestaltungsmacht der Politik in der Wirtschaft wieder herzustellen;

- deutlich machen, dass Regierungen und Parlamente in Deutschland dringend aufgefordert sind, sich ihrer Verantwortung für eine verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik auf nationaler und internationaler Ebene zu besinnen: Eine Abkopplung wie die des Finanzsektors aus gesellschaftlicher Einbindung und staatlicher Kontrolle gefährdet letztlich die Demokratie als akzeptierte Gesellschaftsform. Demokratie ist darauf angewiesen, dass die in ihr lebenden Menschen gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Dazu kann die politische Bildung ihren wichtigen Beitrag leisten.«

Das AdB-Jahresthema 2010 wird in den Bildungsveranstaltungen der AdB-Mitgliedseinrichtungen in unterschiedlicher Weise bearbeitet. Der AdB ist ein pluralistischer Verband mit einer großen Spannweite an Bildungsinstitutionen, die sich in Hinblick auf Themen, Zielgruppen, Organisations- und Arbeitsformen zum Teil erheblich voneinander unterscheiden. Hier versammeln sich die Bildungseinrichtungen der parteinahen Stiftungen, Akademien und Heimvolkshochschulen, Europahäuser und Internationale Begegnungsstätten, Jugendbildungseinrichtungen und Fortbildungsstätten. Ein Blick auf die AdB-Homepage und auf die Webseiten der Mitgliedseinrichtungen zeigt, wie vielfältig die Annäherung an das aktuelle Jahresthema ist. Es geht um Grundfragen sozialer Marktwirtschaft, um Finanzmarktkapitalismus und solidarische Gesellschaft, um Ursachen, Bestandsaufnahmen und Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, um Veränderungen in der Arbeitswelt, die Folgen der Globalisierung, nachhaltige Wirtschaftspolitik und vieles andere mehr.

Die Akzente dabei werden unterschiedlich gesetzt. Es gibt – insbesondere in der politischen Erwachsenenbildung der Akademien, zu deren Angebotsspektrum Wirtschaftsthemen traditionell gehören – öffentliche Gesprächsrunden zwischen Experten ebenso wie Informationsveranstaltungen und Seminare für interessierte Bürger/innen. Was hat eigentlich zur Finanzkrise geführt und steht noch bevor? Was hätte man tun müssen, damit diese Krise nicht entstanden wäre? Welche Lösungsstrategien werden jetzt vorgeschlagen und auf welche Weltanschauung lassen sich diese zurückführen? Welche alternativen Lösungen gibt es? Was können wir und die Politiker/innen jetzt tun? Das sind Fragestellungen, die beispielsweise in einem offen ausgeschriebenem Wochenendseminar zum Thema »Wer soll das bezahlen? Die Finanz- und Wirtschaftskrise: Vorgeschichte – Wirkungen – Auswege« thematisiert werden. »Wirtschaft und Ethik - Ein Widerspruch?« lautet das Thema einer Tagesveranstaltung im Rahmen einer Gesprächsreihe zur Sozialen Marktwirtschaft. »Staatsbeteiligungen und Konjunkturprogramm – Ist der Markt auf dem Rückzug?« ist die Fragestellung, der sich eine weitere Veranstaltung widmet.

Während diese Angebote sich vor allem an Erwachsene richten, werden Aspekte des Jahresthemas in Veranstaltungen der politischen Jugendbildung oft im Rahmen von Seminaren zur Berufsfindung oder Berufsausbildung abgehandelt. Aber hier zeigt ein Seminar mit dem Titel »Geld regiert die Welt!«, das für Schulklassen aus Friedrichshain-Kreuzberg konzipiert wurde, wie das AdB-Jahresthema auch Jugendlichen nahe gebracht wird.

Aktuell sieht es so aus, als habe Deutschland die Finanzkrise besser bewältigt, als noch vor einem Jahr befürchtet wurde. Aber das AdB-Jahresthema 2010 wird – und die Entwicklungen innerhalb der EU weisen darauf hin –

mit dem Ende dieses Jahres keinesfalls erledigt sein. Dass es wichtig ist, ökonomische und finanzpolitische Weichenstellungen und Entscheidungen nicht nur Experten zu überlassen und auf deren Rat zu vertrauen, wurde in der Krise deutlich. Dass in einer Demokratie finanzpolitische Entscheidungen zudem nicht nur an den Interessen der Finanzwirtschaft orientiert sein oder an den Markt delegiert werden dürfen, sondern vor allem das Wohl der Bürger und Bürgerinnen im Blick haben müssen, ist eine Forderung, die aus den Erfahrungen dieser Krise folgt. Das AdB-Jahresthema 2010 kann hoffentlich ein wenig dazu beitragen, dass die Gestaltung künftiger Wirtschafts- und Finanzpolitik von interessierten und informierten Bürgern und Bürgerinnen kritisch begleitet wird.

### Autorin

---

**Ingeborg Pistohl** ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und Redakteurin der verbandseigenen Zeitschrift »Außerschulische Bildung«.

E-Mail: [pistohl@adb.de](mailto:pistohl@adb.de)

### Redaktion Newsletter

---

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)